



Klamme Kommunen

Öffentliche Haushalte. Schon lange vor der Corona-Krise steckten viele deutsche Kommunen in einer prekären finanziellen Situation. Die Folgen des wochenlangen Lockdowns dürften die Lage weiter verschärfen – denn nun steigen die kommunalen Sozialausgaben, während die Steuereinnahmen sinken. Zwar hält der Koalitionsausschuss in seinem Konjunkturpaket auch für die Kommunen zahlreiche Hilfen parat, doch die lösen nicht die grundsätzlichen Probleme, schreibt IW-Konjunkturoperateur Björn Kauder in seinem iwd-Kommentar.

—> [Seiten 2-5](#)

MINT-Frühjahrsreport

Noch immer fehlen Fachkräfte im MINT-Bereich. Doch die Corona-Krise macht sich auch hier bemerkbar: Die Zahl der offenen Stellen ist teils drastisch zurückgegangen.

—> [Seiten 6-7](#)

IW-Regionalranking

Zwar dominiert noch immer Bayern das Regionalranking der IW Consult. Aber viele ländliche Regionen in anderen Teilen Deutschlands konnten sich merklich verbessern.

—> [Seiten 10-11](#)

Kämmerer in Not

Kommunen. Weil die Städte und Gemeinden unter den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie besonders leiden, hat der Koalitionsausschuss am 3. Juni zahlreiche Hilfen für die Kommunen beschlossen. Eine neue IW-Studie zeigt allerdings, dass die finanzielle Schieflage vielerorts keineswegs neu ist – in vielen Bundesländern stecken die Gemeinden schon seit Jahren in der Zwickmühle aus hoher Verschuldung und niedrigen Investitionen.

Die finanzielle Situation der Kommunen hat sich in den vergangenen Jahren dank der guten Konjunktur etwas entspannt. Gleichwohl wurde schon vor der Corona-Pandemie und ihren wirtschaftlichen Folgen lange darüber diskutiert, wie es den Städten und Gemeinden gelingen kann, ihre meist hohe Verschuldung abzubauen – und damit ihre Investitions- und Handlungsfähigkeit wiederherzustellen.

Das IW hat sich die kommunalen Finanzen vor der Corona-Krise angeschaut und die Kommunen dazu in vier Bundesländergruppen – ohne die Stadtstaaten – eingeteilt, um so die regionalen Unterschiede zu verdeutlichen. NRW, das vom Gesamtvolumen her die höchste Verschuldung aufweist, ist gesondert betrachtet worden. Die Ergebnisse:

Kassenkredite. Diese Liquiditätskredite sind mit dem Dispositionskredit privater Haushalte vergleichbar und dienen den Kommunen dazu, ihren kurzfristigen Finanzbedarf zu decken (Grafik):

Während die Kassenkredite 2018 in den Süd-Ländern Baden-Württemberg und Bayern mit 16 Euro pro Einwohner so gut wie keine Rolle spielten und in den

vergangenen 20 Jahren sogar gesunken sind, haben sie sich in NRW auf 1.305 Euro verachtfacht.

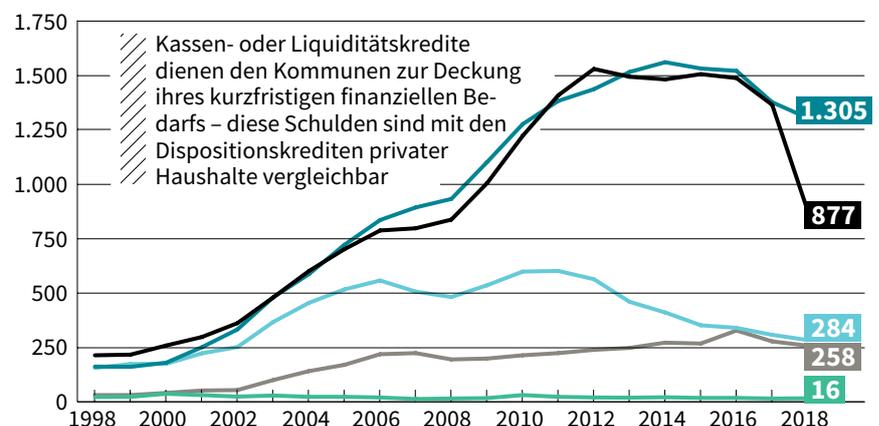
Noch etwas mehr haben sich die Kassenkredite in den ostdeutschen Bundesländern erhöht, das aktuelle Niveau ist dort mit 258 Euro pro Einwohner jedoch deutlich geringer.

In den West-Ländern Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland sind die Kassenkredite seit 1998 insgesamt auf das Vierfache gestiegen, in den Nord-Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben sie sich insgesamt knapp verdoppelt.

Kommunale Verschuldung: Hohes Niveau an Kassenkrediten

in Euro je Einwohner in Preisen von 2019

- West-Länder (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)
- Nordrhein-Westfalen
- Nord-Länder (Niedersachsen, Schleswig-Holstein)
- Ost-Länder (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen)
- Süd-Länder (Baden-Württemberg, Bayern)



Kassenkredite: nur Kernhaushalte, einschließlich Gemeindeverbände, ohne Stadtstaaten

Quellen: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Ähnliche Unterschiede gibt es bei den sonstigen Krediten der Kommunen. Pro Einwohner gerechnet waren 2018 die West-Länder mit 1.939 Euro am höchsten verschuldet, NRW folgt mit 1.409 Euro, die Nord-Länder kommen auf 1.376 Euro, die Süd-Länder auf 720 Euro und die ostdeutschen Bundesländer auf 612 Euro pro Kopf.

Sozialausgaben. Die vor allem in den West-Ländern und NRW deutlich gestiegene Verschuldung hat vor allem einen Grund – die seit Jahren steigenden Sozialausgaben:

Im Jahr 2002 lagen die kommunalen Sozialausgaben zwischen 550 und 950 Euro pro Einwohner – inzwischen sind es zwischen 1.200 und 1.650 Euro.

Die Niveauunterschiede zwischen den Ländergruppen haben sich dabei kaum verändert. So liegt NRW am aktuellen Rand mit kommunalen Sozialausgaben von rund 1.650 Euro pro Einwohner gut ein Drittel über dem Niveau Süd- und Ostdeutschlands sowie ein Siebtel über der West- und der Nord-Gruppe.

Das Fatale an den steigenden Sozialausgaben ist, dass sie zulasten der Investitionen gehen:

Jeder Euro, den die Kommunen mehr für Soziales ausgeben, senkt die Pro-Kopf-Investitionen kurzfristig um 37 Cent und langfristig sogar um 1,52 Euro.

In den West-Ländern zum Beispiel sind die Investitionen pro Einwohner seit Anfang der 2000er Jahre um 50 Euro auf 300 Euro zurückgegangen, in den ostdeutschen Ländern sanken sie um 100 Euro auf 350 Euro.

Steuereinnahmen. Grundsätzlich zeigen die Steuereinnahmen der Kommunen seit 2002 – unterbrochen von der Finanzkrise 2008/2009 – einen Aufwärtstrend. Allerdings gibt es auch hier markante Niveauunterschiede zwischen den Länder-Gruppen. Die höchsten Steuereinnahmen

haben aktuell die südlichen und westlichen Bundesländer sowie NRW mit jeweils rund 1.500 Euro pro Einwohner. Die Nord-Länder fallen mit 1.200 Euro pro Kopf schon deutlich ab; und die ostdeutschen Bundesländer kommen sogar nur auf knapp 900 Euro pro Einwohner.

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie (siehe Seite 5) dürften die Diskussion um die Neuordnung der kommunalen Finanzen noch verschärfen. Denn der wochenlange Lockdown nimmt die Städte und Gemeinden in die Zange: Auf der einen Seite steigen ihre Sozialausgaben – zum Beispiel durch die höhere Arbeitslosigkeit – und auf der anderen Seite sinken ihre Steuereinnahmen (Grafik):

Gemessen am Gewerbesteuer-aufkommen der Länder im Jahr

2018 verlieren die Kommunen in diesem Jahr voraussichtlich bis zu 31 Prozent ihrer Einnahmen aus der Gewerbesteuer.

Angesichts der dramatischen Entwicklung in den vergangenen Jahren und der Zuspitzung durch die Corona-Pandemie musste der Bund handeln – und hat das mit seinen Beschlüssen vom 3. Juni getan. Für die Kommunen war dies eine wichtige und notwendige Hilfe – doch die grundsätzlichen Probleme werden damit nicht behoben (siehe Kommentar Seite 5).

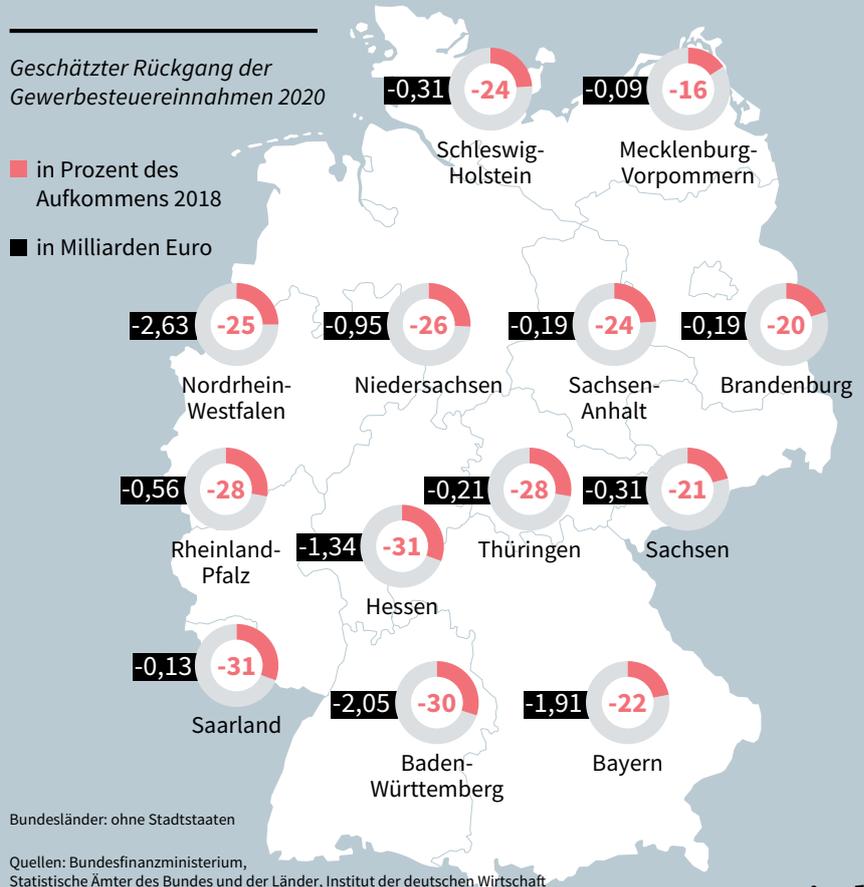
IW-Policy Paper 15/2020

Martin Beznoska, Björn Kauder:
Schieflagen der kommunalen Finanzen
– Ursachen und Lösungsansätze
iwkoeln.de/kommunale-finanzen

Bundesländer: Gewerbesteuerereinnahmen brechen ein

Geschätzter Rückgang der Gewerbesteuerereinnahmen 2020

■ in Prozent des Aufkommens 2018
■ in Milliarden Euro



Bundesländer: ohne Stadtstaaten

Quellen: Bundesfinanzministerium, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft © 2020 IW Medien / iwd

Kommentar. Am 3. Juni hat der Koalitionsausschuss ein 130 Milliarden Euro schweres Konjunkturpaket beschlossen, mit dem die Folgen der Corona-Krise aufgefangen werden sollen. Was von den darin enthaltenen Hilfen für die Kommunen zu halten ist, beurteilt IW-Konjunkturoperte Björn Kauder.



Foto: IW Medien

„Richtig, aber halbherzig“

Auch wenn Deutschland bislang besser durch die Corona-Krise gekommen ist als die meisten anderen Länder – in vielen Bereichen hat die Pandemie den Finger in Wunden gelegt, die das Land bereits seit Jahren plagten. Eine davon ist die finanzielle Schieflage der Kommunen. An der ist der Bund nicht ganz unschuldig, schließlich war er es, der die Sozialausgaben in den vergangenen Jahren massiv ausgeweitet und auf die Städte und Gemeinden überwältigt hat.

Das gilt zum Beispiel für die Miet- und Heizkosten für Langzeitarbeitslose. Laut Koalitionsbeschluss wird der Bund diese Kosten nun bis zu 75 Prozent übernehmen – vorher war es nur rund die Hälfte. Da diese Sozialausgabe aber, wie gesagt, auf ein Bundesgesetz zurückgeht, wäre eine vollständige Übernahme geboten gewesen. Wer bestellt, muss auch bezahlen.

Der Ausgleich der krisenbedingten Mindereinnahmen bei der

Gewerbsteuer hatte sich bereits im Vorfeld der Verhandlungen abgezeichnet. Bund und Länder werden die Ausfälle von 11,8 Milliarden Euro im Jahr 2020 je hälftig übernehmen. Außerdem profitieren die Kommunen vom geplanten Ausbau der Kindergärten, Kitas und Krippen, von mehr Investitionen in den Digitalpakt Schule und in die digitale Verwaltung, von höheren Förderprogrammen zur Sanierung kommunaler Gebäude und vom angestrebten Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst.

So gut und richtig die beschlossenen Hilfen für die Kommunen auch sind – letzten Endes sind sie halbherzig, denn sie beheben nicht die grundsätzlichen, sprich strukturellen Probleme.

Um die Kommunen von ihren zum Teil hohen Beständen an Kassenkrediten zu entlasten, müssen die betroffenen Bundesländer nun Konzepte vorlegen. Rheinland-Pfalz und NRW spekulieren seit Jahren auf

eine Übernahme durch den Bund, statt wie Hessen mit der „Hessenkasse“ – ein Programm zur Entschuldung der Kommunen von Kassenkrediten und zur Förderung kommunaler Investitionen – eine eigene Lösung voranzubringen. Eine Beteiligung des Bundes kann anschließend immer noch verhandelt werden. Eine Entschuldung der Kommunen ist zwingend notwendig, wenn man ihnen ihre Handlungsfähigkeit insbesondere in Bezug auf Investitionen wiedergeben will.

Mittelfristig sollte der Gesetzgeber zudem eine grundlegende Reform der kommunalen Finanzen anstreben: Die Gewerbsteuer muss abgeschafft werden, da sie besonders konjunkturanfällig ist. Die kommunale Steuerautonomie sollte stattdessen durch kommunale Zuschlagsrechte bei der Lohn- und Einkommensteuer gewährleistet werden. Zudem sollte der kommunale Anteil an der Umsatzsteuer erhöht werden.

Finanzieller Stresstest

Öffentliche Haushalte. Zusätzliche Ausgaben wegen der Corona-Krise und gleichzeitig wegbrechende Einnahmen – den öffentlichen Haushalten in Deutschland stehen schwierige Zeiten bevor.

Jahrelang waren die öffentlichen Haushalte nur gute Nachrichten gewöhnt. Das Staatskonto – also im Wesentlichen die Finanzen von Bund, Ländern, Gemeinden und den Sozialversicherungen – war insgesamt entweder ausgeglichen oder verzeichnete Milliardenüberschüsse. Nun aber zeigen die Prognosen ein ganz anderes Bild (Grafik):

Nachdem das Staatskonto für 2019 noch einen Überschuss von 50 Milliarden Euro auswies, wird für 2020 ein Minus von 265 Milliarden Euro erwartet.

Die Gründe für diesen drastischen Rückgang: Auf der einen Seite gehen infolge des Lockdowns die Einnahmen zurück – allein bei den Steuern tut sich von 2019 auf 2020 ein Loch von gut 100 Milliarden Euro auf. Das trifft vor allem die Kommunen (siehe Seiten 2 bis 4).

Auf der anderen Seite steigen die staatlichen Ausgaben:

Arbeitslosengeld und Kurzarbeit. Für die vermehrte Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld I und Kurzarbeit muss die Bundesagentur für Arbeit (BA) im Jahr 2020 Mehrkosten von 32 Milliarden Euro einkalkulieren. Damit wären ihre Rücklagen von 26 Milliarden Euro aus dem Jahr 2019 vollständig aufgezehrt und der Bund müsste das verbleibende Defizit ausgleichen.

Rentenversicherung. Zwar geht die Prognose davon aus, dass sich die Ausgaben gemäß dem aktuellen Rentenbericht entwickeln. Allerdings drohen Corona-bedingte Mehrausgaben, wenn Beschäftigte, die aufgrund von Insolvenzen oder Personalabbau von Arbeitslosigkeit betroffen sind, vermehrt in den vorzeitigen Ruhestand wechseln. Wenn sich die Unterbeschäftigung verfestigt, wird es auch zu dauerhaften Beitragsausfällen in den übrigen Sozialversicherungen kommen.

Alles in allem werden die Staatsausgaben von rund

45 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2019 auf 55 Prozent im Jahr 2020 steigen.

Das wird – aufgrund der sinkenden Einnahmen – dazu führen, dass der Finanzierungssaldo von plus 1,4 Prozent des BIP auf minus 8 Prozent dreht.

IW-Report 25/2020

Hubertus Bardt, Martin Beznoska, Markus Demary, Michael Grömling, Michael Hüther, Jürgen Matthes, Jochen Pimpertz, Holger Schäfer: Gewaltiger Einbruch und nur allmähliche Erholung – IW-Konjunkturprognose Frühsommer 2020

iwkoeln.de/konjunkturprognose

Öffentliche Haushalte: Der Corona-Effekt

in Milliarden Euro

	2019	2020	2021
Einnahmen insgesamt	1.609	1.481	1.607
darunter:			
Steuern	826	720	821
Sozialbeiträge	598	585	598
Ausgaben insgesamt	1.559	1.746	1.739
darunter:			
Sozialleistungen	846	935	955
Arbeitnehmerentgelte	272	276	281
Bruttoinvestitionen	85	90	98
Subventionen	32	33	34
Finanzierungssaldo	50	-265	-132
	in Prozent des Bruttoinlandsprodukts		
Staatsquote	45,4	55	50
Abgabenquote	41,0	41	41
Steuerquote	24,4	23	24
Finanzierungssaldo	1,4	-8	-4

2020 und 2021: Prognosen; Staatsquote: Staatsausgaben in Prozent des BIP; Abgabenquote: Steuern einschließlich Steuerzahlungen an die EU sowie Sozialbeiträge ohne unterstellte Sozialbeiträge der Beamten; Steuerquote: Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften einschließlich Steuerzahlungen an die EU

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Die Fachkräftelücke schrumpft

MINT-Frühjahrsreport.

Die durch das Coronavirus ausgelöste Wirtschaftskrise und der damit verbundene Rückgang offener Stellen machen sich auch im MINT-Bereich bemerkbar. In fast allen MINT-Berufen schrumpft im Vergleich zu den Vorjahren die Arbeitskräftelücke.

Die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft hängt zu einem großen Teil von der Erwerbstätigkeit im MINT-Bereich ab – also von Arbeitskräften in den Fachrichtungen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Das gilt vor allem für die Metall- und Elektro-Industrie, die im Branchenvergleich viel Geld in neue Produkte und Prozesse investiert:

Die M+E-Unternehmen waren 2018 mit Forschungsinvestitionen von mehr als 104 Milliarden Euro für rund 61 Prozent aller volkswirtschaftlichen Innovationsaufwendungen verantwortlich.

Zudem beschäftigt die M+E-Industrie überdurchschnittlich viele MINT-Beschäftigte – und ihre Zahl steigt (Grafik):

Einen besonders hohen Zuwachs an Beschäftigten in der M+E-Industrie gab es zwischen 2012 und 2019 mit rund 25 Prozent in den MINT-Expertenberufen.

Von den insgesamt 2,68 Millionen MINT-Beschäftigten in der M+E-Industrie entfielen 2019 rund 68 Prozent auf die MINT-Facharbeiterberufe, 16 Prozent auf die MINT-Spezialisten, also in der Regel Meister oder

Techniker, und 15 Prozent auf die akademischen MINT-Experten. Trotzdem herrschen seit Jahren branchenübergreifende Engpässe, die die Innovationsstärke der deutschen Wirtschaft hemmen.

Diese Engpässe bestehen zwar noch immer, doch die Corona-Pandemie bleibt nicht ohne Folgen: Seit März 2020 sind nicht nur viele Arbeitnehmer in Kurzarbeit, auch die Zahl der Arbeitslosen ist gestiegen und es gibt weniger offene Stellen in den MINT-Berufen: Hier fehlten im

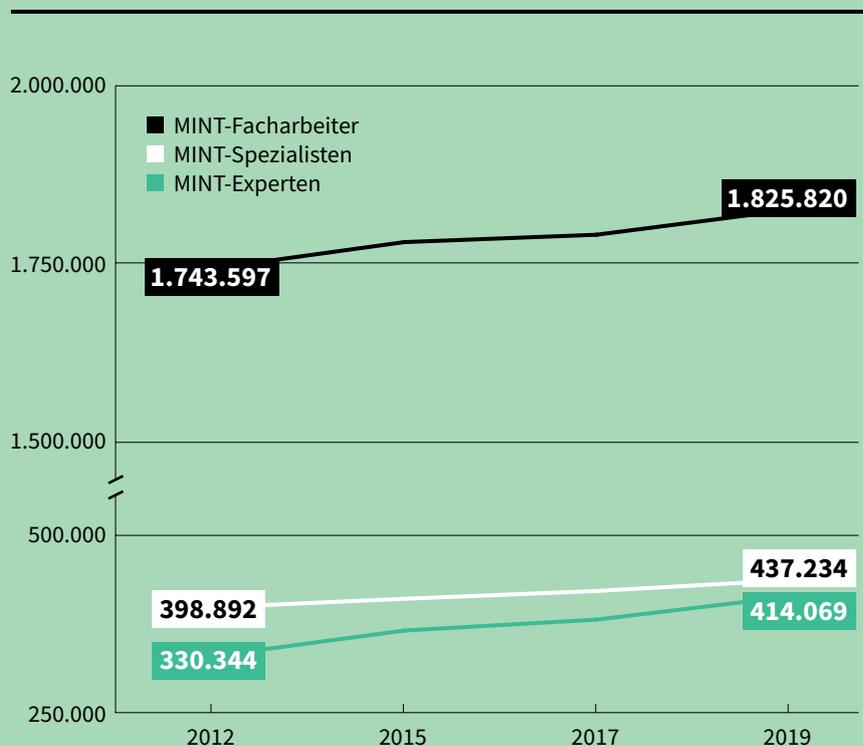
Mai 2020 insgesamt 126.700 Arbeitskräfte – gegenüber Mai 2019 ein Rückgang von 59 Prozent. Noch im Februar 2020 erreichte die sogenannte MINT-Lücke den üblichen Durchschnittswert der Vorjahre – zwei Monate später war sie deutlich kleiner (Grafik Seite 7):

Im Vergleich zu den Jahren 2014 bis 2019 verringerte sich die MINT-Lücke in Deutschland im Mai 2020 um 42 Prozent.

Da viele Industrieunternehmen ihre Produktion über Wochen

M+E-Industrie: MINT-Beschäftigung steigt

So viele MINT-Beschäftigte arbeiteten in Deutschland in der M+E-Industrie



Experten: meist Akademiker
Spezialisten: meist Techniker und Meister
Facharbeiter: meist Ausbildungsabsolventen

MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik
Stand: viertes Quartal 2012, jeweils drittes Quartal 2015–2019

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

unterbrechen mussten, war der Rückgang offener Stellen im Bereich Maschinen- und Fahrzeugbau sowie in der Metallverarbeitung besonders heftig.

Ein anderes Bild zeigt sich bei den Beschäftigten in IT-Berufen: Der Engpass hier ging nur leicht zurück und ist mit 33.000 weiterhin sehr hoch. Denn Unternehmen aller Branchen passen ihre Geschäftsmodelle – auch getrieben durch die Erfahrungen der vergangenen Monate – an, wodurch die Digitalisierung stark voranschreitet und die Betriebe immer mehr IT-Beschäftigte benötigen.

Das Homeschooling führt ebenfalls zu einer stark steigenden Nachfrage nach digitalen Lösungen in Schulen und Bildungseinrichtungen. Dies dürfte den Bedarf nach IT-Kräften in den nächsten Monaten nochmals deutlich erhöhen:

Allein um die gut 40.000 Schulen in Deutschland bei der Digitalisierung unterstützen zu können, wären 20.000 zusätzliche IT-Experten und IT-Fachkräfte nötig.

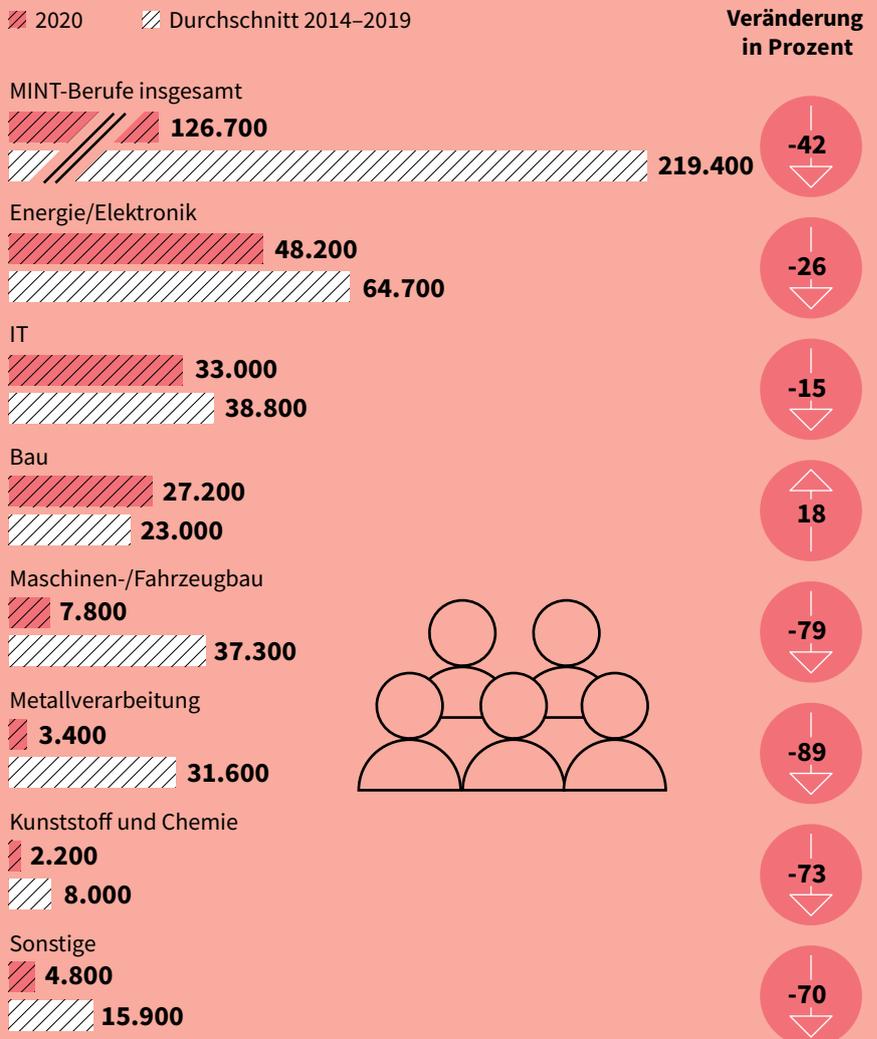
Vor diesem Hintergrund gilt es Wege zu finden, den Bedarf der Wirtschaft an qualifizierten MINT-Beschäftigten zu decken:

Bildungsgerechtigkeit müsste in Deutschland stärker gefördert werden. Gerade die MINT-Fächer bieten Bildungsaufsteigern große Chancen. Da Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Haushalten von ihren Eltern im Homeschooling oft nicht ausreichend unterstützt werden können, droht allerdings eine steigende Bildungsarmut. Daher sollten Konzepte für eine Kombination von Präsenz- und digitalem Fernunterricht entwickelt und diese Kinder gezielt gefördert werden.

Digitale Bildung hat in der Corona-Krise an Bedeutung gewonnen. Allerdings hat Deutschland bei der Computerausstattung an Schu-

MINT-Lücke schrumpft stark – Ausnahme IT und Bau

So viele Stellen konnten im Mai des jeweiligen Jahres in den MINT-Berufen in Deutschland nicht besetzt werden



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft © 2020 IW Medien / iwd

iwd

len immer noch großen Nachholbedarf. Nur ein Fünftel der Schulen nutzte 2018 digitale Geräte im Unterricht. Gerade wegen des IT-Fachkräftemangels ist es daher notwendig, die digitale Bildung zu stärken und Schüler mit digitalen Lernkonzepten besser zu fördern.

MINT-Bildung brächte langfristigen Erfolg. Hierzu sollten die Versorgung mit MINT-Lehrkräften gesichert und bereits eingesetzte Seiteneinsteiger intensiv weitergebildet

werden. Erreichen lässt sich dies auch, indem mehr Spaß an Naturwissenschaften vermittelt wird. Viele Mentorenprogramme oder Schüler-Wettbewerbe leisten hierbei wichtige Impulse und sollten weiter gestärkt werden.

IW-Gutachten
MINT-Frühjahrsreport 2020
 Christina Anger, Enno Kohlisch, Oliver Koppel, Axel Plünnecke, Ruth Maria Schüler
iwkoeln.de/mint-frühjahrsreport

Im Netz kauft es sich einfacher

Online-Handel. Immer mehr Menschen kaufen online ein, besonders junge Leute gehen gerne auf virtuelle Einkaufstour. Eine IW-Umfrage unter 14- bis 21-Jährigen in Deutschland zeigt, dass die Shopper sich dabei durchaus der Nachteile des E-Commerce bewusst sind, dessen Vorzüge überwiegen für sie jedoch deutlich.

Der Online-Handel in Deutschland boomt schon seit Jahren. Im vergangenen Jahr wurden rund 58 Milliarden Euro mit dem Warenverkauf im Internet erwirtschaftet – gut 44-mal so viel wie im Jahr 2000. Die Corona-Krise dürfte diesen Trend noch zusätzlich verstärken, da während des Lockdowns zahlreiche Geschäfte geschlossen bleiben mussten.

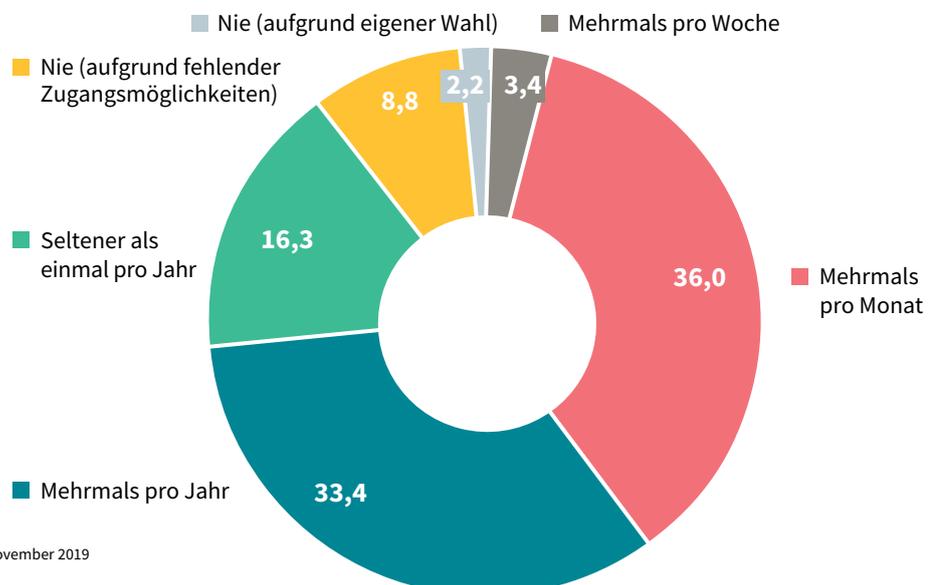
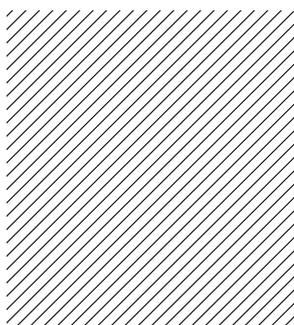
Zwar steigt auch im stationären Einzelhandel der Umsatz, in den vergangenen fünf Jahren mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von rund 3,5 Prozent. Das ist jedoch deutlich weniger als im Online-Handel, der im gleichen Zeitraum jährlich durch-

schnittlich um fast 10 Prozent wuchs. Zudem sinkt die Häufigkeit des traditionellen Einkaufs immer weiter, zwischen 2014 und 2018 nahm die Shoppingfrequenz der Bundesbürger im stationären Einzelhandel um 12 Prozent ab.

Besonders beliebt ist der Einkauf von zu Hause aus in jüngeren Altersgruppen. So nahm der Anteil der Internetnutzer, die Online-Käufe tätigen, in Europa von 2009 bis 2019 um 17 Prozentpunkte zu – in der Gruppe der 16- bis 24-Jährigen waren es noch einmal 11 Prozentpunkte mehr. Knapp drei Viertel dieser Altersgruppe kauften 2019 zumindest einmal im Netz ein.

Beliebtes Online-Shopping

So viel Prozent der befragten 14- bis 21-Jährigen kaufen so oft online ein:



Lieber beim Händler als beim Hersteller

So viel Prozent der befragten 14- bis 21-Jährigen kaufen beim Online-Shopping über ...



Befragung von 1.905 Schülerinnen und Schülern im November 2019
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Um zu prognostizieren, inwieweit der Online-Handel den Offline-Handel in Zukunft ergänzen oder sogar ganz ersetzen wird, hat das Institut der deutschen Wirtschaft die Kaufpräferenzen der jungen Leute untersucht. Die Umfrage unter 1.907 Schülern im Alter von 14 bis 21 Jahren in Deutschland zeigt, dass für diese Altersgruppe die Vorteile des Online-Handels potenzielle Nachteile deutlich überwiegen. So sind die meisten jungen Menschen schon auf Shoppingtour im Netz gegangen (Grafik Seite 8):

89 Prozent der Befragten geben an, schon einmal online eingekauft zu haben.

Dabei fällt auf, dass nur gut 2 Prozent den Internetkauf explizit ablehnen.

Der Großteil der Befragten, die nicht online einkaufen, hat schlicht keine Möglichkeit dazu – zum Beispiel aufgrund eines fehlenden Zugangs zu einem Bankkonto

oder einer Kreditkarte, was wegen des Alters der Befragten ein durchaus nachvollziehbarer Grund ist.

Der Blick auf die genutzten Formen der Online-Shops verrät, dass der für die Schüler relevante E-Commerce-Markt stark durch Verkaufsplattformen bestimmt wird (Grafik):

Rund vier Fünftel kaufen Produkte über Online-Plattformen wie Amazon.

Die Online-Shops von Händlern wie Zalando oder Media Markt nutzen rund zwei Drittel der Befragten, bei den digitalen Stores von Herstellern wie Nike oder Sony kaufen noch knapp 45 Prozent ein.

Nur jeder 6. gibt in der Befragung an, Produkte direkt über soziale Medien zu beziehen – allerdings präsentieren sich Firmen mit ihren Produkten oft auf Instagram, Snapchat und Co. und leiten die Nutzer von dort zu Online-Shops weiter, über die dann letztendlich eingekauft wird.

Die Problematiken beim Online-Kauf sind den 14- bis 21-Jährigen durchaus bewusst. Nur vier Prozent der Befragten sehen bei der virtuellen Einkaufstour keine Nachteile, die anderen bemängeln vor allem die fehlende Möglichkeit, das Produkt in den Händen zu halten und zu begutachten. Die mangelnde persönliche Beratung sowie die Lieferbedingungen und eine schlechte Klimabilanz werden ebenfalls als Nachteile aufgeführt.

Die steigende Zahl der Online-Shopper in dieser Altersgruppe zeigt aber, dass diese negativen Aspekte allenfalls die Häufigkeit der Nutzung von E-Commerce mindern. In der Summe überwiegen dann doch die Vorzüge des Online-Handels.

Besonders geschätzt werden die große Auswahl und die meist dauerhafte Verfügbarkeit der Produkte sowie die Unabhängigkeit von Ladenöffnungszeiten.

Deshalb ist zu erwarten, dass der Online-Handel weiter wächst. Das Bewusstsein über dessen Nachteile zeigt aber auch, dass der stationäre Handel nicht obsolet werden wird. Statt exklusiven Online- oder Offline-Angeboten sind in Zukunft auch noch mehr Hybridlösungen denkbar, die das Beste aus beiden Welten kombinieren. Schon heute verkehren immer mehr einst rein stationäre Einzelhändler auch in der digitalen Shoppingwelt, die Corona-Krise hat diesem Trend zudem noch einmal Vorschub geleistet.

IW-Report 22/2020

Barbara Engels: Generation Online-Shopping – Eine empirische Analyse unter Jugendlichen

iwkoeln.de/onlineshopping

Regionalentwicklung: Ländlicher Raum stark verbessert

IW-Regionalranking. Bayern dominiert weiterhin das Regionalranking der IW Consult. Im Vergleich zu 2018 konnten sich aber viele ländliche Regionen in anderen Teilen des Landes verbessern. Auch aus dem Osten Deutschlands.

An der Spitze bleibt im Niveau alles unverändert: Wie 2018 belegt der Landkreis München – also jener Kreis, der im Norden, Osten und Süden die Stadt München umschließt – den ersten Platz im IW-Regionalranking. Das Ranking untersucht und bewertet sowohl die Wirtschaftsstruktur und den Arbeitsmarkt als auch die Lebensqualität der 401 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland.

Größte Pluspunkte des Landkreises München sind die exzellenten Bedingungen für die lokale Wirtschaft, die räumliche Nähe zu Universitäten und ein hoher Anteil an wissensintensiven Dienstleistungen wie Forschung, Entwicklung, Wirtschaftsprüfung oder Unternehmensberatung. Dadurch gibt es dort viele Hochqualifizierte und es arbeiten prozentual deutlich mehr Frauen als im bundesweiten Durchschnitt.

Wie weitere angrenzende Landkreise profitiert der Landkreis München stark von der gleichnami-

IW-Regionalranking 2020: Die Top Ten

Für das Regionalranking 2020 der IW Consult wurden die 401 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland anhand von 14 Indikatoren bewertet

Niveau: Punktzahl in den Bereichen Arbeitsmarkt, Lebensqualität und Wirtschaftsstruktur
Dynamik: Punktzahl für die Entwicklung seit 2018

■ Niveau ■ Dynamik

Landkreis München	61,2	Landkreis Mainz-Bingen	58,3
München	56,9	Suhl	54,1
Coburg	56,0	Landkreis München	53,9
Landkreis Starnberg	55,8	Landkreis Teltow-Fläming	53,7
Frankfurt am Main	55,4	Coburg	53,4
Main-Taunus-Kreis	54,9	Landkreis Mettmann	53,4
Landkreis Dahme-Spreewald	54,9	Düsseldorf	53,2
Hochtaunuskreis	54,7	Ldkr. Neustadt an der Waldnaab	53,1
Erlangen	54,5	Hochtaunuskreis	53,1
Landkreis Ebersberg	54,3	Landkreis Tirschenreuth	53,0

Punkte: Eine Region, die bei allen Indikatoren jeweils den Mittelwert erreicht, käme auf eine Punktzahl von 50

Quelle: IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd

gen Landeshauptstadt, die Platz zwei im Ranking der IW Consult belegt.

Mit den Landkreisen Starnberg, Ebersberg, Miesbach, Erding, Freising, Dachau und Pfaffenhofen an der Ilm befinden sich sieben weitere Regionen aus dem Großraum München unter den besten 20.

Ähnliche Ausstrahlungseffekte wie in München sind in Frankfurt zu erkennen: Die Metropole am Main rangiert auf Platz fünf, der nahegelegene Main-Taunus-Kreis und der Hochtaunuskreis auf den Plätzen sechs und acht.

Erstmals zählt auch eine Region in Ostdeutschland zu den erfolgreichsten Regionen in Deutschland (Grafik Seite 10):

Der siebtplatzierte Landkreis Dahme-Spreewald im südlichen Brandenburg profitiert von einer hohen Lebensqualität und günstigen wirtschaftsstrukturellen Rahmenbedingungen.

Die vordere Platzierung des Landkreises Dahme-Spreewald ist auch Ausdruck des Aufholprozesses ostdeutscher Regionen:

Im Jahr 2014 zählten 39 ostdeutsche Regionen zu den schwächsten 50 Regionen Deutschlands. 2018 waren es noch 20, im aktuellen Ranking sind es lediglich 15.

Die südlich an Berlin grenzenden Landkreise entwickeln sich aufgrund von Ausstrahlungseffekten der Hauptstadt besonders gut.

Regionale Gruppen lassen sich aber nicht nur im vorderen Bereich des Rankings erkennen, sondern auch am Ende: Vier der letzten zehn Ränge werden von Ruhrgebietsstädten belegt. Norddeutschland ist ebenfalls viermal vertreten.

Neben dem aktuellen Niveau erfasst die IW Consult auch die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur in den Regionen und Städten.

Auffällig ist dabei, dass sich vor allem ländliche Regionen in den

IW-Regionalranking 2020: Die Aufsteigerregionen

Diese Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland, die im IW-Regionalranking 2018 noch zu den Underperformern gehörten, haben sich seither am dynamischsten entwickelt

Suhl	54,1
Landkreis Steinburg	52,9
Lübeck	52,6
Landkreis Wesermarsch	52,4
Leipzig	52,1

Punkte: Eine Region, die bei allen Indikatoren jeweils den Mittelwert erreicht, käme auf eine Punktzahl von 50

Quelle: IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

vergangenen Jahren stark verbessert haben. So liegt der Landkreis Mainz-Bingen in Sachen Dynamik mit Abstand auf dem ersten Platz: Viele neue, aber auch bereits länger ansässige Unternehmen sorgen dort für hohe Gewerbesteuererinnahmen.

Die Stadt Suhl folgt auf dem zweiten Platz, gefolgt vom Landkreis München. Auch der Hochtaunuskreis und die Landkreise Tirschenreuth und Teltow-Fläming gehören zu den zehn dynamischsten Regionen Deutschlands.

Oftmals sind es sogenannte Hidden Champions, also relativ unbekannte Marktführer, die den ländlichen Räumen zu mehr Wohlstand verhelfen.

Die Kaufkraft liegt in den zehn stärksten ländlich gelegenen Regionen um rund sechs Prozent über dem deutschen Durchschnitt.

Neben den jeweiligen Top Ten gibt es noch weitere Gewinner im Ranking – die Aufsteigerregionen. Sie zählten 2018 mit niedrigen Niveau- und Dynamikwerten noch zu den Underperformern, punkten aber nun

durch eine hohe Dynamik. Aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus bieten sie besonders viel Potenzial für wirtschaftlichen Aufschwung (Grafik):

Mit Lübeck und Leipzig gehören zwei Städte zu den großen Aufsteigern.

Während Leipzigs Bevölkerung sich in den letzten Jahren verjüngt hat und die Straftaten sowie die private Überschuldung überdurchschnittlich zurückgegangen sind, wurden in Lübeck sehr viele Gewerbe neu gegründet und die wissenschaftlichen Dienstleistungen sind stark gewachsen.

Angesichts der andernorts messbaren Ausstrahlungseffekte von Städten auf ihr Umland bietet die positive Entwicklung dieser Zentren ebenfalls große Entwicklungschancen für die umliegenden Landkreise.

IW-Trends

Vanessa Hünne Meyer, Hanno Kempermann:
Ländliche Regionen in Deutschland – Ergebnisse des IW-Regionalrankings 2020
iwkoeln.de/regionalranking-2020

Zwischen Anerkennung und Skepsis

Digitalisierung. Künstliche Intelligenz gilt als wichtige Zukunftstechnologie, doch in der deutschen Wirtschaft ist sie eher die Ausnahme. Dies gilt vor allem für kleine und mittlere Unternehmen: Zwar betrachten sie die Technologie als Chance für die Wirtschaft in Deutschland und weltweit, bewerten ihren Einsatz im eigenen Betrieb aber eher als Risiko.

Ob zur Einsparung von Kosten, zur Produktivitätssteigerung oder um neue Geschäftsmodelle zu entwickeln: Künstliche Intelligenz (KI) birgt für Unternehmen viel Potenzial.

Dennoch sind viele Betriebe zurückhaltend. Denn im Umgang mit

KI müssen sich die Unternehmen auch mit Aspekten der Privatsphäre und Ethik auseinandersetzen.

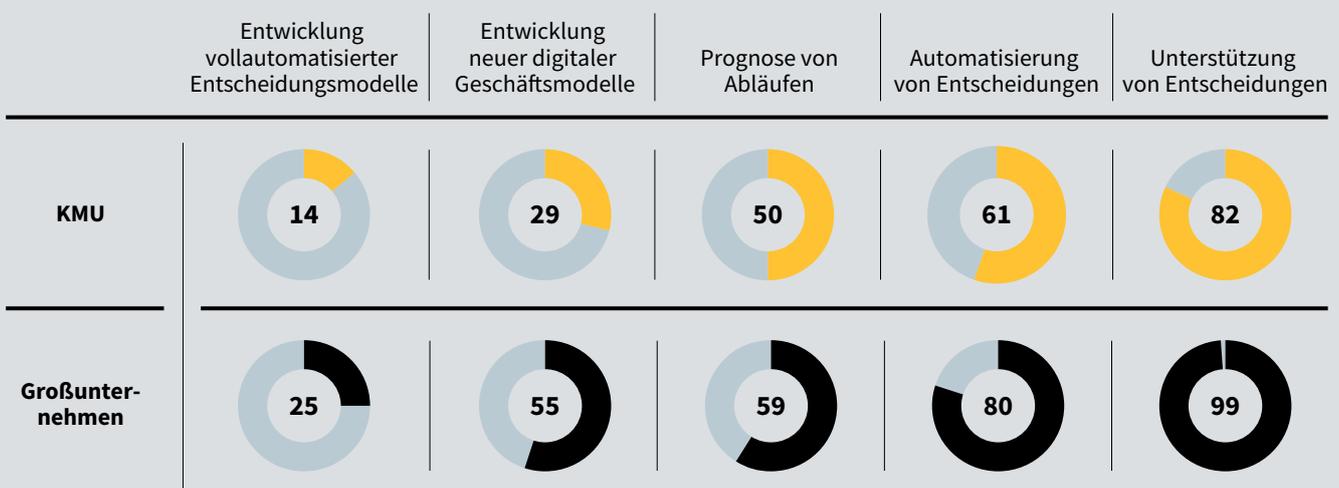
Noch immer setzen vergleichsweise wenige Unternehmen KI ein, wie eine Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft ergab:

Im Jahr 2019 nutzten 16,5 Prozent der Großunternehmen KI, von den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) waren es sogar nur 9 Prozent.

Vor allem die kleineren Firmen stehen dem Einsatz von KI eher

Offensive Datennutzung: Großunternehmen sind aktiver

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland nutzten 2018 ihre Daten zur ...



Befragung von 1.104 Unternehmen, die ihre Daten bereits in großem Umfang generieren und speichern; KMU: Unternehmen mit bis zu 249 Mitarbeitern

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

skeptisch gegenüber. Allerdings kommt es dabei ganz auf die Perspektive an: Unabhängig von der Größe des Unternehmens betrachtet die Mehrheit der Betriebe KI als nützlich – sowohl für die deutsche Wirtschaft als auch für die Weltwirtschaft insgesamt.

Ganz anders fällt die Bewertung aber aus, wenn der Fokus auf die Unternehmen selbst fällt (Grafik):

Rund 40 Prozent der KMU sehen in dem Einsatz von KI eine Gefahr für das eigene Geschäftsmodell.

Großunternehmen sind in dieser Hinsicht offener: Knapp 60 Prozent sehen in künstlicher Intelligenz für ihren eigenen Betrieb eine Chance.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Datennutzung in deutschen Unternehmen. Denn erst durch Daten können Abläufe, Produkte und Dienstleistungen mittels KI auch wirklich intelligent gemacht werden. Und in den meisten Betrieben fallen Daten in riesigen Mengen an – zum Beispiel Kunden-, Finanz-, Lieferanten- sowie Personaldaten. Doch nur bei einem Bruchteil der Firmen sind sie auch Teil ihrer Geschäftsstrategie – selbst, wenn die meisten Betriebe Daten speichern. Vielen fehlt es an Vorstellungsvermögen, wofür sie die Daten einsetzen können.

Rund 84 Prozent der deutschen Unternehmen gehören in der Datenwirtschaft zu den sogenannten Einsteigern – bei ihnen liegt also nur ein geringer Teil der gespeicherten Daten in digitaler Form vor und wird wenig oder gar nicht genutzt.

Zu den fortgeschrittenen Unternehmen, die bereits einen Teil ihrer Prozesse digitalisiert haben, gehören immerhin 14 Prozent – und nur 2 Prozent zählen zu den Pionieren, die ihre Daten aktiv als Teil ihrer Geschäftsstrategie nutzen.

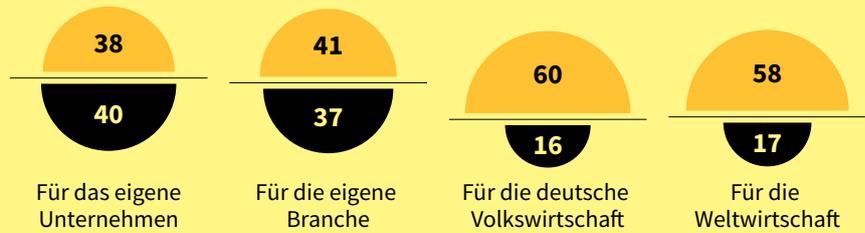
Auch hier sind es vor allem Firmen des Mittelstands, die Nachholbedarf haben:

Künstliche Intelligenz: Skeptischer Mittelstand

So viel Prozent der im Jahr 2019 befragten Unternehmen in Deutschland bewerteten künstliche Intelligenz als ...

■ Chance ■ Risiko

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)



Großunternehmen



Befragung von 681 Unternehmen; KMU: Unternehmen mit bis zu 249 Mitarbeitern

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2020 IW Medien / iwd



Gut 85 Prozent der KMU zählen zu den Einsteigern und nur 2 Prozent nutzen ihre Daten aktiv als Teil ihrer Geschäftsstrategie.

Von den Großunternehmen gehören immerhin 11 Prozent zu den Pionieren und 62 Prozent zu den Einsteigern. Große Betriebe nutzen gespeicherte Daten generell offensiver als KMU, zum Beispiel zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsposition (Grafik Seite 12):

Mehr als die Hälfte der Großunternehmen setzt seine Daten zur Entwicklung neuer Geschäftsmodelle ein – dagegen nimmt nur jedes vierte KMU diese Möglichkeit wahr.

Somit konzentriert sich die Datenstrategie von kleinen und mittleren Betrieben eher auf eine defensive Form der Datennutzung,

zum Beispiel zur Einhaltung des Datenschutzes oder zur Verbesserung von Abläufen. Zwar nutzen auch Großunternehmen ihre Daten für diese Zwecke, dennoch haben sie oft eine größere Kontrolle über ihre Datenressourcen und probieren daher datengetriebene Lösungen zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsposition häufiger aus.

IW-Kurzbericht

Vera Demary, Henry Goecke: Mittelstandsskepsis gegenüber künstlicher Intelligenz iwkoeln.de/KI-Mittelstand

IW-Kurzbericht

Alevtina Krotova: Datennutzung – Offensive Großunternehmen, defensiver Mittelstand iwkoeln.de/datennutzung

Besser Mensch als Firma

Unternehmensstrafrecht. Seit Jahren wünschen sich verschiedene Interessensgruppen, dass in Deutschland auch Firmen – und nicht nur ihre Führungskräfte und Mitarbeiter – strafrechtlich belangt werden können. Jetzt gibt es dazu einen Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums. Die Pläne haben aber viele Tücken.

Wer ist schuld? Juristisch betrachtet, fällt die Antwort auf diese Frage oft schwer – es fängt schon damit an, wer überhaupt schuldig sein kann: Nach vorherrschender Meinung muss sich ein Täter aktiv für Unrecht entscheiden. Soll nun aber ein Unternehmen die Schuld für etwas tragen, müsste es über ein entsprechendes Bewusstsein verfügen.

Doch trotz dieser Grundproblematik haben die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag 2018 vereinbart, das Sanktionsrecht für Unternehmen neu zu ordnen. Inzwischen formuliert ein Referentenentwurf das „Gesetz zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft“; ursprünglich war noch vom „Gesetz zur Bekämpfung der Unternehmenskriminalität“ die Rede.

Dreierlei soll künftig fundamental anders laufen:

Deutlich höhere Strafen. Schon heute drohen Firmen Sanktionen, wenn sie mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Laut Ordnungswidrigkeitenrecht liegt die Höchstgrenze für Geldbußen bei 10 Millionen Euro. Künftig wären bis zu 10 Prozent des weltweiten Konzernjahresumsatzes denkbar – unter Umständen also Milliarden.

Kein Ermessensspielraum mehr. Bislang entscheidet die zuständige

Staatsanwaltschaft, ob sie nur gegen Firmenbosse oder auch gegen das Unternehmen ermittelt. Dieses sogenannte Opportunitätsprinzip soll es nicht mehr geben: Bei einem Anfangsverdacht muss auch gegen die Firma ermittelt werden.

Bonus für Wohlverhalten. Wenn Unternehmen eine gute Compliance-Struktur haben, also intern alles tun, um Straftaten zu verhindern und aufzuklären, soll sich das sanktionsmildernd auswirken, ebenso eine umfassende Kooperation mit den Behörden.

Diese Pläne des Ministeriums haben eine ganze Reihe von Fallstricken:

• **Doppelbestrafung:** In Deutschland gibt es viele Personengesellschaften, deshalb könnte es in der neuen Rechtslogik leicht zur Bestrafung einer Person auf zwei Kanälen kommen – als Mensch und als Firma. Dies widerspricht aber dem juristischen Grundsatz, dass man nicht mehrfach für das gleiche Vergehen bestraft werden kann.

• **Bürokratie:** Es soll sich positiv auswirken, wenn Firmen Fehlverhalten im eigenen Haus aufspüren. Doch entsprechende Compliance-Abteilungen und interne Ermittler kosten Geld und verursachen Bürokratie. Vor allem, wenn die

Erkenntnisse später wohlsortiert an die Staatsanwaltschaft weitergegeben werden sollen. Letzteres ist auch juristisch problematisch – denn wer zukünftig wem was wann noch vertraulich mitteilen kann, ist schwer nachvollziehbar.

• **Mithaftung:** Indem auch die Firma zur Rechenschaft gezogen wird, können unschuldige Mitarbeiter zumindest indirekt bestraft werden – zum Beispiel, wenn sie aufgrund hoher Strafzahlungen ihren Job verlieren.

• **Generalverdacht:** Wird künftig strafrechtlich gegen Firmen ermittelt, würden alle Beschäftigten schnell unter Generalverdacht gestellt – schließlich sucht die Öffentlichkeit die Schuld weiterhin bei Individuen.

• **Fehlende Kapazitäten:** Schon heute sind Staatsanwaltschaften und Gerichte oft überlastet. Wenn künftig umfassend gegen Firmen ermittelt und Anklage erhoben wird, dürfte das das System weiter lähmen.

Aus all diesen Gründen zweifeln viele Wirtschaftsvertreter daran, dass das geplante Gesetz mehr nutzt als schadet. Sie argumentieren, dass die bisherigen rechtlichen Instrumente – richtig angewendet – ausreichen, um Unternehmen auf dem Pfad der Tugend zu halten.

Corona hemmt die Integration

Zuwanderer. Der wochenlange Lockdown und seine Folgen werden aller Voraussicht nach die Perspektiven von Zuwanderern auf dem deutschen Arbeitsmarkt verschlechtern. Auch deren Kinder müssen zurückstecken.

Schon heute gibt es Hinweise, dass Zuwanderer von den Folgen der Corona-Maßnahmen besonders stark betroffen sind: So ist die Arbeitslosenquote von Ausländern im Mai um 1,9 Prozentpunkte auf 14,7 Prozent gestiegen – die der Bundesbürger nur um 0,5 Punkte auf 4,6 Prozent.

Schaut man sich Branchen an, in denen Zuwanderer überwiegend tätig sind, dann ist zu erwarten, dass sich ihre Situation in den kommenden Monaten weiter verschlechtert:

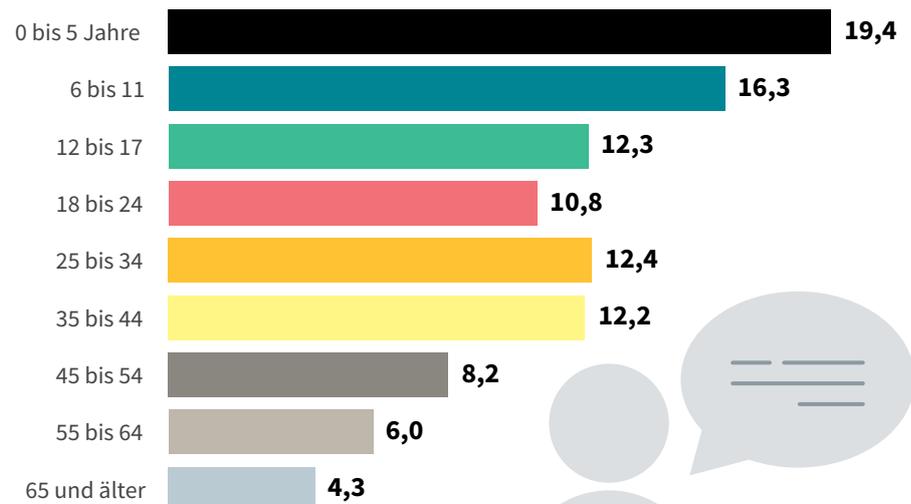
Die Arbeitnehmerüberlassung reagiert sensibel auf konjunkturelle Schwankungen. Dort arbeiteten im September 2019 rund 14,4 Prozent aller Beschäftigten aus Afghanistan, Eritrea, Iran, Irak, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien; bei allen Ausländern in Deutschland betrug die Quote 7,1 Prozent, bei den Bundesbürgern nur 1,5 Prozent.

Im Gastgewerbe sind die Unterschiede ähnlich hoch: Hier lauten die Quoten für die Gruppen 12,7 Prozent, 9,0 Prozent und 2,5 Prozent.

Dass Ausländer unter Krisen am Arbeitsmarkt deutlich stärker leiden als Inländer, liegt an den Unterschie-

Deutschland: Viele Kinder leben in fremdsprachigen Haushalten

So viel Prozent der jeweiligen Altersgruppe lebten 2017 in einem Haushalt, in dem überwiegend eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wurde



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

den beim Bildungsniveau, bei der Berufserfahrung und den Sprachkenntnissen. Deshalb ist damit zu rechnen, dass in nächster Zeit niedrigqualifizierte Zuwanderer mit schlechten Deutschkenntnissen besonders häufig ihre Jobs verlieren.

Hinzu kommt, dass durch das Wegbrechen sozialer Kontakte viele Zuwanderer, vor allem Kinder, kaum Gelegenheit haben, ihre Deutschkenntnisse zu verbessern (Grafik):

Gut 19 Prozent aller bis zu Fünfjährigen in Deutschland leben in einem Haushalt, in dem nicht überwiegend Deutsch gesprochen wird – bei den Sechs- bis Elfjährigen sind es rund 16 Prozent.

Das darf nicht generell mit schlechten Deutschkenntnissen gleichgesetzt werden; es kann sich aber negativ auf Spracherwerb und Bildungschancen auswirken. Deshalb ist es zwar zu begrüßen, dass die Länder ihre Kitas für Kinder aus nicht deutschsprachigen Familien früher wieder öffnen. Es ist aber davon auszugehen, dass nur relativ wenige dieses Angebot annehmen – denn anders als zum Beispiel Alleinerziehende haben sie oft keine gravierenden Betreuungseingpässe.

IW-Kurzbericht 61/2020

Wido Geis-Thöne: Corona hemmt die Integration
iwkoeln.de/integration

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland · **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber · **Redaktionsassistent:** Anja Hüpper · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.

Zahl der Woche



ist die Zahl der auszubildenden Hebammen bzw. Entbindungspfleger vom Schuljahr 2008/2009 zum Schuljahr 2018/2019 gestiegen. Zuletzt erlernten 2.688 Schüler diesen Ausbildungsberuf, der hauptsächlich von Frauen ausgeübt wird – im Jahr 2019 waren nur drei Auszubildende Männer. Trotz der gestiegenen Ausbildungszahlen herrscht in Deutschland immer noch ein Hebammenmangel. Deshalb werden ausländische Fachkräfte immer wichtiger: 2018 wurden in Deutschland 274 Verfahren zur Anerkennung einer im Ausland erworbenen Berufsqualifikation abgeschlossen – mehr als dreimal so viele wie 2013. Eine weitere Maßnahme gegen den Fachkräftemangel ist die Akademisierung des Hebammenberufs. So ist der Jahrgang 2018/2019 der letzte, der den Beruf in einer dualen Ausbildung erlernt: Seit Januar 2020 machen die angehenden Hebammen und Entbindungspfleger ihren Abschluss innerhalb eines Bachelor-Studiengangs.

Top-Liste: Wo die Rente sicher ist

Im April starb der CDU-Politiker Norbert Blüm, einst Bundesarbeitsminister. Unsterblich ist indes sein Ausspruch „Die Rente ist sicher“. Schon 1986 nutzte er ihn im Wahlkampf, 1997 wiederholte er die Aussage dann im Bundestag, als es in einer hitzigen Debatte darum ging, das Rentensystem zukunftsfähig zu machen. Bis heute versuchen sich die jeweils regierenden Parteien immer wieder an einer Rentenreform; allerdings nur mit mäßigem Erfolg, wenn man dem Global Pension Report der Allianz-Versicherungsgruppe glaubt. Für ihren Index hat die Allianz in den Kategorien Ausgangslage, Nachhaltigkeit und Angemessenheit die Rentensysteme von insgesamt 70 Staaten miteinander verglichen. Deutschland landet im Gesamtranking lediglich auf Platz 26, also im oberen Mittelfeld. An die Spitze schaffen es drei andere europäische Staaten – Schweden, Belgien und Dänemark.

Deutsches Rentensystem: Weit weg von der Weltspitze

So bewertet der Allianz Pension Index 2020 die Rentensysteme in 70 Staaten auf einer Skala von 1 (bestmöglicher Wert) bis 7 (schlechtester Wert)

Rang	Land	Gesamtwert	Rang	Land	Gesamtwert
1	Schweden	2,91	4	Neuseeland	3,00
2	Belgien	2,92	5	USA	3,04
3	Dänemark	2,96	26	Deutschland	3,56

Quelle: Allianz Economic Research
© 2020 IW Medien / iwd